

Das Richtige im Falschen

Vorabdruck. 250 Jahre USA: Die Geschichte der Vereinigten Staaten war immer auch eine des Widerstands und einer selbstbewussten Arbeiterbewegung

Von Ulrich Schneider

→ In der kommenden Woche erscheint das neue Heft der Zeitschrift *Marxistische Blätter* mit dem Schwerpunkt »250 Jahre USA - Mythos und Wirklichkeit«. Wir veröffentlichen daraus mit freundlicher Genehmigung von Herausgebern und Autor den Aufsatz »250 Jahre USA von unten« von Ulrich Schneider. Die Zeitschrift kann bestellt werden unter: www.marxistische-blaetter.de (jW)

Die Geschichte der Vereinigten Staaten ist für viele Historiker vor allem mit dem imperialistischen Charakter der US-Außenpolitik und dessen geopolitischen Folgen verbunden, den zahllosen Militäraktionen, die im Interesse des US-amerikanischen Kapitals zu Lasten vieler Völker in aller Welt umgesetzt wurden. DEM GEGENÜBER ist der brutale Umgang der Kolonialisten mit den indigenen Bevölkerungsteilen und gleichermaßen mit den versklavten Menschen, die als Arbeitskräfte aus Afrika eingekauft wurden, im öffentlichen Bewusstsein kaum präsent. Die Gesetzlosigkeit und das »Recht des Stärkeren«, das in Filmen und anderen Medien als Cowboygeschichten und Western oftmals romantisiert bzw. idealisiert wurde, taten ein Übriges, die soziale und gesellschaftliche Wirklichkeit der USA zu verzerren.

Dabei gab es in den Vereinigten Staaten – wie in allen entwickelten kapitalistischen Staaten – seit dem 19. Jahrhundert eine bedeutende Arbeiterbewegung, deren ideologische Wurzeln bei den Einwanderern lagen, die oftmals vor Armut und repressiven Verhältnissen in ihren Heimatländern in die »neue Welt« geflohen waren, wo sie hofften, ihre wirtschaftlichen, aber auch ihre politischen Visionen umsetzen zu können. Sie lieferten mit ihren Bewegungen und Kämpfen in den industriellen Zentren der USA wichtige Beiträge, die über den Atlantik nach Europa ausstrahlten. Und so sind 250 Jahre USA auch 250 Jahre von Klassenkämpfen und politischen Hoffnungen, die einen wichtigen Beitrag zur Arbeiterbewegung und zu emanzipatorischen Bewegungen anderer Gesellschaftsgruppen leisteten. Vieles von dem, was in den USA an Klassenkämpfen seinen Anfang genommen hat, ist in anderen Teilen der Welt angekommen und prägt bis heute politisches Handeln. An einige dieser Bewegungen exemplarisch zu erinnern, ist das Anliegen des nachfolgenden Textes.

Ursprung des Kampftages

Hier ist nicht der Raum, um die vielfältige Frühgeschichte der amerikanischen Arbeiterbewegung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts nachzuzeichnen.¹ Für das Verständnis ist jedoch wichtig, dass schon in dieser Phase die politische und ethnische Heterogenität der Organisationen sowie die Besonderheit, dass betriebliche und politische Organisation – anders als in Europa – weitgehend auseinanderklafften, die Entwicklung prägten. Den Kern der amerikanischen Arbeiterbewegung bildeten die verschiedenen Einwanderergruppen, die – wie konnte es anders sein – ihre nationalen Verbindungen und politischen Prägungen in die jeweiligen Organisationen einbrachten, auch wenn es um die Durchsetzung von Klassenzielen ging. Michael Ferschke benennt das Problem der hohen Mobilität und Diversität der Arbeiterklasse durch die verschiedenen Einwanderungswellen und die Siedlerbewegung, »als Millionen von europäischen Eingewanderten ihr Glück in den neu erschlossenen Gebieten des amerikanischen Westens suchten, etwa als Farmer oder Goldgräber – wenngleich viele sich letztlich als mittellose Feld- oder Minenarbeiter*innen verdingen mussten. Und in den Städten entstand um die verschiedenen Einwanderergruppen ein ganzes Geflecht von kulturellen, sozialen, religiösen und politischen Einrichtungen, die die Menschen entlang ethnischer Identitäten (italienisch, irisch, polnisch etc.) zu organisieren versuchten, anstelle nach Klasseninteressen einer multiethnischen Arbeiterschaft.«²

Das wohl bekannteste Beispiel für diese Heterogenität und gleichzeitig das gemeinsame Handeln zeigte sich 1886 beim Kampf der nordamerikanischen Arbeiterbewegung zur Durchsetzung des Achtsturentages. Verschiedene Gewerkschaften und politische Organisationen verständigten sich auf einen gemeinsamen Aktionstag, einen Generalstreik am 1. Mai. An diesem damals regulären Arbeitstag, am Samstag, 1. Mai 1886, streikten und demonstrierten Tausende von Arbeitern an vielen Orten in den Industriegebieten der Vereinigten Staaten. Eines der Zentren war Chicago, wo – nach damaligen Berichten – 90.000 Arbeiter an den Streikaktionen beteiligt waren.

Am Abend des 3. Mai 1886 hielt August Spies, der Chefredakteur und Herausgeber der *Arbeiter-Zeitung*, Organ der österreichischen Sozialdemokraten in den USA, auf einer Arbeiterversammlung auf dem Haymarket in Chicago eine Rede. Nach dieser Kundgebung kam es zu einer gewalttätigen Auseinandersetzung zwischen Demonstranten und der Polizei, bei der zwei Demonstranten starben. Bei einer Protestkundgebung am Tag darauf stürmte die Polizei die friedliche Versammlung. Ein bis heute Unbekannter zündete eine Bombe, die einen Polizisten sofort tötete und zahlreiche Polizisten wie auch Demonstranten verletzte. Bei den anschließenden Auseinandersetzungen, die auch als Haymarket Affair bezeichnet werden, wurden mehr als 200 Arbeiter verletzt. Die Zahl der Toten wird in der Literatur mit sieben Polizisten und schätzungsweise der dreifachen Anzahl auf seiten der versammelten Arbeiter angegeben.

Diese von der Polizei provozierte Auseinandersetzung wurde als Vorwand genommen, um sämtliche Arbeiterorganisationen zu verfolgen. Acht Anarchisten, die die Kundgebung organisiert hatten, wurden festgenommen und der Verschwörung angeklagt. Vier von ihnen, darunter August Spies, wurden am 11. November 1887 gehängt. Erst Jahrzehnte später wurden diese

Urteile als »Fehlurteile« aufgehoben. In Würdigung dieses Kampfes beschloss 1889 die Zweite Internationale, den 1. Mai jährlich weltweit als Kampftag der Arbeiterklasse zu begehen.

Wenn man sich die Zahlen anschaut, wird deutlich, wie gering der Organisationsgrad damals war. Bei etwa 30 Millionen Beschäftigten in Industriebetrieben gab es 1900 etwa eine Million Mitglieder in Verbänden und 40 Branchenorganisationen. Hinzukam, dass Ungelernte und Frauen sowie Schwarze, Asiaten und Latinos weitgehend außen vor blieben. Die Verbände, die sich 1886 in der American Federation of Labor (AFL) zusammenschlossen, organisierten anfangs tatsächlich vor allem Männer mit europäischen Wurzeln mit hoher beruflicher Qualifikation, die sich damit auch erfolgreich für die Durchsetzung besserer Entlohnung und Arbeitsbedingungen einsetzen konnten.

Gegen die ausgrenzende Politik der AFL gründete sich 1905 in Chicago, in den Bergbauregionen der Rocky Mountains und Virginias die radikalere Gewerkschaft Industrial Workers of the World (IWW), die sich auch um Frauen und Schwarze bemühte. Sie war nicht nur offener in Bezug auf die Mitgliedschaft, sie vertrat auch politische Forderungen, weshalb führende Funktionäre oftmals vor Gericht standen.

Schauprozess gegen Anarchisten

Nach dem Ersten Weltkrieg wuchsen die Gewerkschaften auf fünf Millionen Mitglieder 1920 (bei 40 Millionen Beschäftigten). Dieser Aufschwung der Organisationen führte tatsächlich zu einer Zunahme von Klassenkämpfen, die nicht nur um Entlohnung geführt wurden, sondern die Macht- und Eigentumsverhältnisse in unterschiedlicher Form – aus der Sicht des Kapitals – bedrohten. Das führte dazu, dass die Repression gegen linke Gewerkschafter in Form von Polizeieinsätzen, mit Hilfe organisierter Kriminalität und Korruption dramatische Formen annahm, von der sich manche Verbände nicht erholten. Das wohl bekannteste Beispiel der politischen Repression, bei der auch die Justiz als Machtapparat im Interesse der Kapitalbesitzer eingesetzt wurde, war 1927 der Mord an den beiden italienischen Anarchisten Nicola Sacco und Bartolomeo Vanzetti.

Nach dem Ersten Weltkrieg, als in den USA bereits die erste antibolschewistische Hysterie zu erleben war, galten alle linken politischen Organisationen als potentiell verdächtig. Bombenanschläge im Sommer 1919 in verschiedenen amerikanischen Städten wurden den Anarchisten zugeordnet. Durch öffentliche Propaganda entwickelte sich eine »rote Angst« (»red scare«). Diese war mit einer geschürten Angst vor Einwanderern verbunden, bei denen es sich »zu 90 Prozent um Radikale« handele. In diesem aufgeheizten ideologischen Klima wurden Nicola Sacco und Bartolomeo Vanzetti wegen einer nie bewiesenen Beteiligung an einem Raubmord verhaftet und 1921 in einem abstrusen Prozess zum Tode verurteilt. Mehrere Versuche, das in jeder Hinsicht fragwürdige Verfahren zu revidieren, wurden von der Justiz abgelehnt. Im August 1927 wurden die beiden Einwanderer auf dem elektrischen Stuhl hingerichtet.

Zu ihrer Rettung entwickelte sich eine weltweite Solidaritätskampagne, die über die unterschiedlichen Fraktionen der Arbeiterbewegung hinweg eine

große Gemeinsamkeit entwickelte. In der Solidaritätskampagne gegen diesen Justizmord engagierten sich auch Künstler und Intellektuelle, die sich mit den Zielen der Arbeiterbewegung verbunden fühlten. Es dauerte tatsächlich 50 Jahre, bis der Gouverneur von Massachusetts, Michael Dukakis (Demokrat), eine Erklärung abgab, wonach der Prozess gegen Sacco und Vanzetti »durchdrungen von Vorurteilen gegen Ausländer und Feindlichkeit gegenüber unorthodoxen politischen Ansichten« und daher nicht gerecht gewesen sei.

Radikalere Gewerkschaften

Der »Black Thursday« und die Weltwirtschaftskrise 1929 setzten auch in den USA die Arbeiterklasse massiv unter Druck. Betriebe wurden geschlossen, Massenentlassung und Durchsetzung von Lohnverzicht prägten die soziale Wirklichkeit. Anders als mit den deutschen Präsidialkabinetten und dem Brüning'schen Sozialabbau setzte US-Präsident Roosevelt auf eine Politik des New Deal, bei der durch Investitionen in Infrastruktur Arbeitsmöglichkeiten geschaffen wurden, die auch als Ankurbelung der Binnenkonjunktur wirkten. Unter diesen Bedingungen gelang es den Gewerkschaften, existentielle Verbesserungen der Lebens- und Arbeitsbedingungen durchzusetzen. So erkämpften sie schon damals einen Mindestlohn, das Recht auf überbetriebliche Organisation (National Labor Relations Act 1935) und ein Tarifrrecht (Fair Labor Standards Act, 1938), das nicht mehr einzelbetriebliche Regelungen forderte. Wie sehr jedoch Rassendiskriminierung und die Macht der Großgrundbesitzer solche Regelungen beeinflussen konnten, zeigten die Regeln des Sozialsystems, bei dem Hausangestellte und Landarbeiter von der 1935 neu eingeführten Sozialversicherung gegen Arbeitslosigkeit und Altersarmut (noch keine Krankenversicherung) ausgeschlossen wurden, weil die Südstaaten dies so wollten.

Bemerkenswert war, dass in diesen Auseinandersetzungen die Arbeiter deutlich radikalere Kampfformen entwickelten, zum Beispiel Betriebsbesetzungen, wie im großen Streik gegen General Motors 1936/37. In einem mehrwöchigen Kampf, an dem sich 140.000 der 150.000 Beschäftigten als Streikposten oder bei Besetzungen beteiligten, konnte im Februar 1937 ein wichtiger Erfolg errungen werden. Die Unternehmer setzten dagegen vergeblich Polizei und Streikbrecher ein. Erst als die Betriebsbesetzer damit drohten, Werkanlagen zu verwüsten, gab General Motors nach. Neben sozialen Verbesserungen wurde vor allem das Recht der Gewerkschaften zur Vertretung der Beschäftigten in allen Unternehmensteilen durchgesetzt.

Im Gefolge dieser Kämpfe und Verbesserungen verdoppelte sich die Mitgliederzahl der Gewerkschaften von 1930 bis zum Kriegsende 1945 auf 15 Millionen Menschen. Gleichzeitig entstand 1935 als klassenkämpferische Antwort auf die klassenversöhnlerische Haltung der AFL ein neuer Gewerkschaftsbund, der CIO (Congress of Industrial Organizations), der sich als Bund von Industriegewerkschaften verstand und sich ebenfalls um un- bzw. angelernte Arbeiter bemühte, wie zum Beispiel die Bandarbeiter in der Automobilindustrie. Auch Frauen und Afroamerikaner traten in die CIO ein. CIO-Mitglied war auch Gus Hall, der langjährige Generalsekretär der Kommunistischen Partei der USA.

Erwähnenswert ist, wie die amerikanische Arbeiterbewegung sich beim Erstarken der faschistischen Gefahr in Europa nicht egoistisch auf der einen Seite des Atlantiks verschanzte, sondern aus ihren Reihen engagierte Kämpfer gegen die faschistische Gefahr schickte. Unvergessen ist die Abraham-Lincoln-Brigade im Spanischen Krieg. Die Zahl amerikanischer Freiwilliger in den Internationalen Brigaden umfasste ungefähr 3.000 Mann. Dieses antifaschistische Engagement mussten sie gegen den erklärten Willen der amerikanischen Regierung durchsetzen. Sie fanden für ihre Reise vielfache Unterstützung (Menschen, die Spenden für die Reisekosten sammelten, Helfer bei der Organisation von Reisedokumenten und andere Unterstützer). Der Ruf »No pasarán!« (Sie werden nicht durchkommen, Anm. der Red.) wurde auch in den USA gehört. Und aus dieser Haltung war ebenfalls die Unterstützung der amerikanischen Arbeiterorganisationen und anderer Gesellschaftsschichten für Flüchtlinge aus dem faschistischen Deutschland zu verstehen. Während es in den politischen Eliten und unter den ökonomisch Mächtigen Sympathien für die Hitler-Regierung gab (bekannt ist die finanzielle Förderung der NSDAP durch Henry Ford), erwiesen sich die Arbeiterorganisationen, Parteien und Gewerkschaften als antifaschistisch.

Die endgültige Zerschlagung der NS-Barbarei wurde auch als Sieg der amerikanischen Arbeiter verstanden. Folgerichtig brachte sie 1945 – nach dem Ende des Krieges – ihre Forderungen in landesweiten Streikwellen zu Gehör. Insbesondere von Kommunisten und anderen Linken geführte Gewerkschaften verbanden sozialpolitische Themen mit Forderungen nach einer demokratischen Erneuerung der US-Gesellschaft. So setzten sich verschiedene Gewerkschaften auch für eine tatsächliche Überwindung der Rassentrennungspolitik auch in der betrieblichen Wirklichkeit ein. Zudem versuchten die Gewerkschaften mit ihrer kollektiven Macht, die Selbstherrlichkeit der Unternehmen zu begrenzen; man sprach davon, die Wirtschaft zu regulieren, den Sozialstaat auszubauen und die Rechte der Beschäftigten zu schützen. Das war insofern existentiell, als mit der zu erwartenden Demobilisierung der amerikanischen Streitkräfte die Zahl der Arbeitskräfte steigen würde. Auf diese Weise sollte der Konkurrenzkampf um die Arbeitsplätze gemildert werden.

Reaktionäres »Rollback«

Der Tod von Roosevelt und die Entwicklung des Kalten Krieges, die nicht nur eine Frontstellung gegen die UdSSR, sondern auch innenpolitisch eine Ablehnung aller sozialistischen Bestrebungen bedeutete, führten jedoch ab 1947 zu einem reaktionären »Rollback«, das sich gleichermaßen gegen die amerikanische Arbeiterbewegung richtete. Es wurde ein erheblicher ideologischer und politischer Druck auf alle Kräfte der Arbeiterbewegung ausgeübt, wie er sich auch bei der bundesdeutschen Entwicklung sichtbar zeigte.

Zuerst einmal wurden die Handlungsmöglichkeiten der Gewerkschaften eingeschränkt. Der National Labor Relations Act wurde 1947 durch das kapitalfreundliche Taft-Hartley-Gesetz de facto aufgehoben. Eine zentrale Klausel darin war die Forderung nach einer antikommunistischen Erklärung von allen Gewerkschaftern. Auf Grundlage dieses Gesetzes schloss im Jahre 1949 der CIO ein Drittel seiner Mitglieder aus antikommunistischen Gründen

aus. Der antikommunistische Furor der McCarthy-Ära mit seinen Ausschüssen über »unamerikanische Zustände«, die vor keiner Form der Existenzvernichtung zurückschreckten, gleichzeitig aber politisches Wohlverhalten im Sinne der antikommunistischen Elite mit Korruption belohnten, tat sein Übriges. 1955 schlossen sich beide großen Gewerkschaften zur AFL-CIO unter dem entschiedenen Antikommunisten George Meany zusammen. Von Klassenkampf war keine Rede mehr. Selbst sozialpolitische Forderungen zur Verbesserung von Arbeits- und Lebensbedingungen der abhängig Beschäftigten standen immer mehr unter dem »Generalverdacht« kommunistischer Aktivitäten, die mit Hilfe der Staatsorgane – von Polizei bis Geheimdiensten – massiv verfolgt wurden.

Bemerkenswert ist, wie sich trotz dieser Verfolgung auf einem anderen Feld eine gesellschaftliche »Bürgerrechtsbewegung« entwickelte, die sich gegen Rassendiskriminierung und für die Rechte aller in den USA lebenden Menschen einsetzte. Man reklamierte den eigentlich auf die weißen männlichen Einwanderer gemünzten Satz der amerikanischen Verfassung, alle Menschen sind gleich und mit gleichen Rechten geboren, nun auch für diejenigen, die als Sklaven aus Afrika eingekauft worden waren. Diese Bewegung setzte sich insbesondere in den amerikanischen Südstaaten mit symbolischen und spektakulären Aktionen gegen die alltägliche Rassendiskriminierung zur Wehr.

Robin Kelley betont in einer Untersuchung über diese Bewegung, dass es bei dem legendären »March on Washington« 1963 um zwei Dinge ging: die Beendigung rassistischer Gewalt und die Sicherung von »Jobs und Freiheit«. Wichtige Organisatoren der Aktion hatten ihre Wurzeln in sozialistischen Bewegungen und der Arbeiterbewegung. Es gab nicht nur die legendäre Ansprache »I have a dream« von Martin Luther King. Bereits in der Eröffnung betonte einer der Organisatoren: »Diese Bürgerrechtsrevolution ist nicht auf den Schwarzen beschränkt, noch ist sie auf die Bürgerrechte beschränkt, denn unsere weißen Verbündeten wissen, dass sie nicht frei sein können, während wir es nicht sind. (...) Wir haben keine Zukunft in einer Gesellschaft, in der sechs Millionen Schwarze und Weiße arbeitslos sind und Millionen weitere in Armut leben. Auch ist das Ziel unserer Bürgerrechtsrevolution nicht nur die Verabschiedung von Bürgerrechtsgesetzen. Ja, wir wollen, dass alle öffentlichen Einrichtungen allen Bürgern offenstehen, aber diese Einrichtungen werden für diejenigen, die es sich nicht leisten können, sie zu nutzen, wenig bedeuten.«³

Wie schon in früheren Fällen reagierte der Herrschaftsapparat der USA auf diese – scheinbar bedrohliche – Entwicklung mit Gewalt und Justiz. Martin Luther King wurde mit Geheimdienstunterstützung 1968 bei einem Mordanschlag getötet. Eine andere Prominente der linken Bürgerrechtsbewegung, Angela Davis, wurde Anfang der 1970er Jahre mit einer konstruierten Anklage wegen »Unterstützung des Terrorismus« verhaftet und angeklagt. Eine weltweite Solidaritätskampagne »Free Angela Davis« führte 1972 tatsächlich zu einem juristischen Freispruch. Als Ausdruck der ideologischen Verschiebung in der US-amerikanischen Gewerkschaftsbewegung kann man den Auftritt von Alexander Solschenizyn im Sommer 1975 beim AFL-CIO in New York sehen, bei dem dieser – unter dem Applaus der Zuhörer – meinte, Angela Davis »wegen Sympathien für die UdSSR« angreifen zu müssen. Hier zeigte sich, wie weitgehend der

Gewerkschaftsdachverband bereits ein integraler Bestandteil der Machtsicherung der herrschenden Kräfte in der US-Regierung war.

Sowohl die Globalisierung als auch die Gentrifizierung der Städte und die parallel sich vollziehende Deindustrialisierung vieler Gebiete unterminierten die Stärke der Gewerkschaften strukturell – und gleichzeitig gerieten sie in praktisch allen Sektoren der Wirtschaft unter den direkten Druck der Unternehmer. 85 Prozent aller Beschäftigten in den USA arbeiten aktuell ohne kollektiven Tarifvertrag. Industriestandorte wurden oft in gewerkschaftsfreie Regionen verlagert. Das Agieren der Geschäftsleitung von Tesla in Brandenburg ist Ausdruck dieses Herrschaftsverständnisses. Damit sind die Gewerkschaften politisch in der Defensive. Die größten Einzelgewerkschaften umfassen heute den öffentlichen Dienst und Lehrer, danach Transport- und andere Dienstleistungen. Im privaten Sektor ist nur noch knapp jeder zehnte Beschäftigte Mitglied einer Gewerkschaft.

Kurt Stand formulierte 2019 in einem Beitrag für die *UZ*: »Seit der Bankenkrise von 2008 haben die Gewerkschaften auf der Suche nach Antworten auf diese Krise (...) mehrere Umbrüche hinter sich. Streiks sind effektiver geworden, und Niedriglöhner haben durch direkte Aktionen und politisches Engagement Erfolge erzielen können. Gewerkschaften des AFL-CIO haben die Organisation von Arbeiterinnen und Arbeitern aus dem sogenannten informellen Sektor unterstützt und anerkannt, dass ›Einheit‹ auch bedeutet, die Bedürfnisse der Kommunen und schwarzen Communitys in ihre Kämpfe einzubeziehen. Auseinandersetzungen zwischen dem radikalen und dem opportunistischen Flügel wird es weitergeben.«⁴

Wieder streikfreudig

Tatsächlich hat die Zahl der Streikaktionen – auch im tertiären Sektor – deutlich zugenommen. Streiks erfolgten in Produktionsbetrieben des »Rostgürtels« (des früheren Industriezentrums im Nordosten und Mittleren Westen des Landes) und bei Gesundheitskonzernen an der Westküste, an Universitäten und in Medien, bei Lokalzeitungen wie bei digitalen Publikationen. Insgesamt legten im Jahr 2023 in den USA mehr als 500.000 Beschäftigte die Arbeit nieder, mehr als doppelt so viele wie im Jahr davor (224.000). Das waren laut dem Labor Action Tracker der Cornell University wiederum doppelt so viele wie 2021.

Zudem verstärken die Gewerkschaften die Gewinnung von Mitgliedern und die Vertretung von deren Rechten auch gegen Betriebe, die hochgradig filialisiert sind, wie zum Beispiel Starbucks. Gegen die Versuche des Managements, durch Entlassungen oder Versetzungen den Aufbau von gewerkschaftlichen Strukturen zu verhindern, konnten in mehreren hundert Filialen Gewerkschaften installiert werden. Auch bei Amazon, einem Konzern, der sich nicht nur in Deutschland standhaft weigert, mit Gewerkschaften zu verhandeln, versuchen Gewerkschaftsgruppen trotz hoher Arbeitskräftefluktuation und gegen den hartnäckigen gewerkschaftsfeindlichen Kurs des Managements, ihre Position zu stärken. Gerade diese Erfahrungen des Organizing sind es, die mittlerweile auch in deutschen Gewerkschaften Nachahmung finden. So kann der – sicherlich noch schwache – Aufschwung der amerikanischen Arbeiterbewegung erneut auf Europa positiv ausstrahlen.

Anmerkungen

1 Interessierten ist zur Vertiefung empfohlen: Who build America? Working people and the nation's economy, politics, culture, and society, Vol. Two, since 1877. New York 2000

2 *nd*, 13.9.2024

3 <https://sozialismus.ch/theorie/2021/geschichte-die-arbeiterinnenbewegung-war-nie-nur-weiss-und-maennlich>

4 *UZ*, 25.1.2019

Ulrich Schneider ist Historiker und Mitherausgeber der *Marxistischen Blätter*. Von ihm erschien an dieser Stelle zuletzt am 19. Dezember 2026 über die lasche Entnazifizierung nach 1945, die zu einer Rehabilitierung vieler Nazis führte: [»Wieder reingewaschen«](#).

<https://www.jungewelt.de/artikel/525579.geschichte-der-usa-das-richtige-im-falschen.html>